

## Fremde Richter: EU fährt harte Linie

In den Verhandlungen um ein institutionelles Abkommen mit der Schweiz demonstriert Brüssel seine Macht

Die Schweiz will den Einfluss der EU-Richter möglichst eng fassen. Damit beisst sie bei EU-Unterhändlern auf Granit. **Francesco Benini, Fabian Fellmann, Brüssel**

Erstmals werden Details aus den laufenden Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union bekannt. Demnach zeigt sich Brüssel im Streit um die Zuständigkeiten der EU-Richter kompromiss-

los. Bern hatte gefordert, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) nur bei Streitfällen im Rahmen des in der ganzen EU geltenden Rechts entscheiden soll. Die EU-Unterhändler beharren hingegen darauf, dass auch Sonderregelungen, welche die EU ausschliesslich mit der Schweiz eingegangen ist, unter die Zuständigkeit des EuGH fallen sollen - die fremden Richter hätten gegenüber der Schweiz deutlich mehr Einfluss.

Der Streit um die EU-Richter sei der Knackpunkt in den laufenden Verhandlungen, heisst es.

Gemäss der offiziellen Sprachregelung der Behörden in Bern und Brüssel kommen die Verhandlungen gut voran. Doch bei unabhängigen Beobachtern verdichtet sich der Eindruck, Brüssel setze die Schweiz zunehmend unter Druck: Sie fordere eine weitgehende Eingliederung in die Rechtsordnung der EU - sonst seien die bilateralen Verträge gefährdet. Dazu passt, dass die Berner Diplomaten dem Vernehmen nach bereits in mehreren Punkten Angebote unterbreitet hätten, in Erwartung eines entsprechenden

Entgegenkommens der EU. Dieses sei aber nicht erfolgt.

Der offenbar schwierige Verlauf der Verhandlungen dürfte vor allem einen freuen: SVP-Vordenker Christoph Blocher. Der schärfste Kritiker eines institutionellen Rahmenabkommens füllt zurzeit nahezu täglich Vortragsäle und wettet gegen den angeblichen schleichenden EU-Beitritt der Schweiz. Seine Gegner tun sich derweil schwer, ihre Reihen zu schliessen: Zwar lancieren Intellektuelle ein Manifest für eine «Schweiz in Europa» und

kämpfen Junge mit der «Operation Libero» für eine offene Schweiz - doch fehlt ihnen eine Figur, die sich an die Spitze der Bewegung stellt. Vielmehr ergehen sie sich in internen Diskussionen. So kritisiert etwa FDP-Präsident Philipp Müller, die immer zahlreicheren Retter der Bilateralen kämen zu spät: «Ich hätte mir gewünscht, dass sich die Damen und Herren, die dieses Manifest unterschrieben haben, schon vor dem 9. Februar engagiert hätten», sagt er. Ein starkes Zeichen wäre es wenigstens, «wenn all

jene, die das Manifest unterzeichnet haben, je 5000 Franken für eine Kampagne gegen die Eco-pop-Initiative spenden würden.»

Derweil bildet sich ein neues und prominentes Komitee gegen die Abschottung. Unter dem Titel «Forschung in einer weltoffenen Schweiz» mischen sich renommierte Wissenschaftler in die laufende Diskussion ein, darunter die vier Nobelpreisträger Richard Ernst, Kurt Wüthrich, Rolf Zinkernagel und Georg Bednorz.

Seite 11, 24

## Hunderttausende sind Burnout-gefährdet

Ein Viertel aller Schweizer Werkstätigen ist erschöpft. 300 000 zeigen sogar Symptome eines Burnouts.

**Katharina Bracher**

Bis zu einer Million Erwerbstätige sind «ziemlich oder stark» erschöpft. Das zeigt eine Studie von Forschern der Universität Bern im Auftrag der Gesundheitsförderung Schweiz. Laut der von den Kantonen unterstützten Stiftung sei rund ein Viertel aller Angestellten von Stresssymptomen betroffen, die auf die Situation am Arbeitsplatz zurückzuführen seien. Bei sechs Prozent der 3500 Befragten stellten die Forscher Anzeichen einer Erschöpfungsde-

pression (Burnout) fest. Das entspricht, hochgerechnet auf die Bevölkerung, 300 000 Angestellten. «Der Druck steigt, und die Pausen nehmen ab», sagt Norbert Semmer, emeritierter Professor für Arbeitspsychologie an der Universität Bern. «Seit Jahren findet eine Verdichtung der Arbeit statt.»

Die Forscher schätzen, den Unternehmen gingen durch Stress am Arbeitsplatz jährlich 5,6 Milliarden Franken verloren. Nur ein Viertel davon werde durch Absenzen verursacht. Der Rest sei auf den Produktivitätsverlust zurückzuführen, wenn Mitarbeiter zwar physisch präsent seien, aber ihre Aufgaben nicht voll erledigten.

Seite 10

## Gemeindepolitiker sollen Steuerrabatt erhalten

Im Kampf gegen die Personalnot in der Lokalpolitik fordert der Schweizer Gemeindeverband zusätzliche finanzielle Anreize für ehrenamtliche Tätigkeiten. «Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Gemeinden zunehmend Schwierigkeiten haben, Leute für die Gemeindebehörden zu finden, soll als Anreiz eine Steuerbefreiung der Entschädigung geprüft werden», sagt Direktor

Ulrich König. Dies zumindest für jene rund 15 000 Milizpolitiker, die sich in kommunalen Exekutivämtern engagieren und ihre meist bescheidene Vergütung dafür als Einkommen versteuern müssen. Die Forderung wurde bereits im Parlament deponiert. Sie wird von Nationalräten aus SVP, FDP und CVP unterstützt. (dli.)

Seite 15

CHRISTIAN PUTSCH



## Allein gegen Ebola

Ihre ganze Familie ist an Ebola erkrankt, doch in keinem Spital stehen Betten zur Verfügung. Die 22-jährige Fatu Kekula entscheidet, sie selber zu pflegen. Sie bastelt aus Plastiksäcken einen

Schutzanzug - und schafft es, ihre Liebsten am Leben zu halten. Wie im Kampf gegen das tödliche Virus Menschen zu Helden werden. Eine Reportage aus Liberia. **Hintergrund, Seite 22**

### Hintergrund

Fernbusse machen SBB Konkurrenz **25**

### Wissen

So suchen Forscher den neuen Messi **57**

### Gesellschaft

Was wir in Zukunft essen werden

ANZEIGE

### SIE SUCHEN EINE BANK,

die Ihr Familienvermögen verwaltet und schützt. Sie haben uns gefunden.

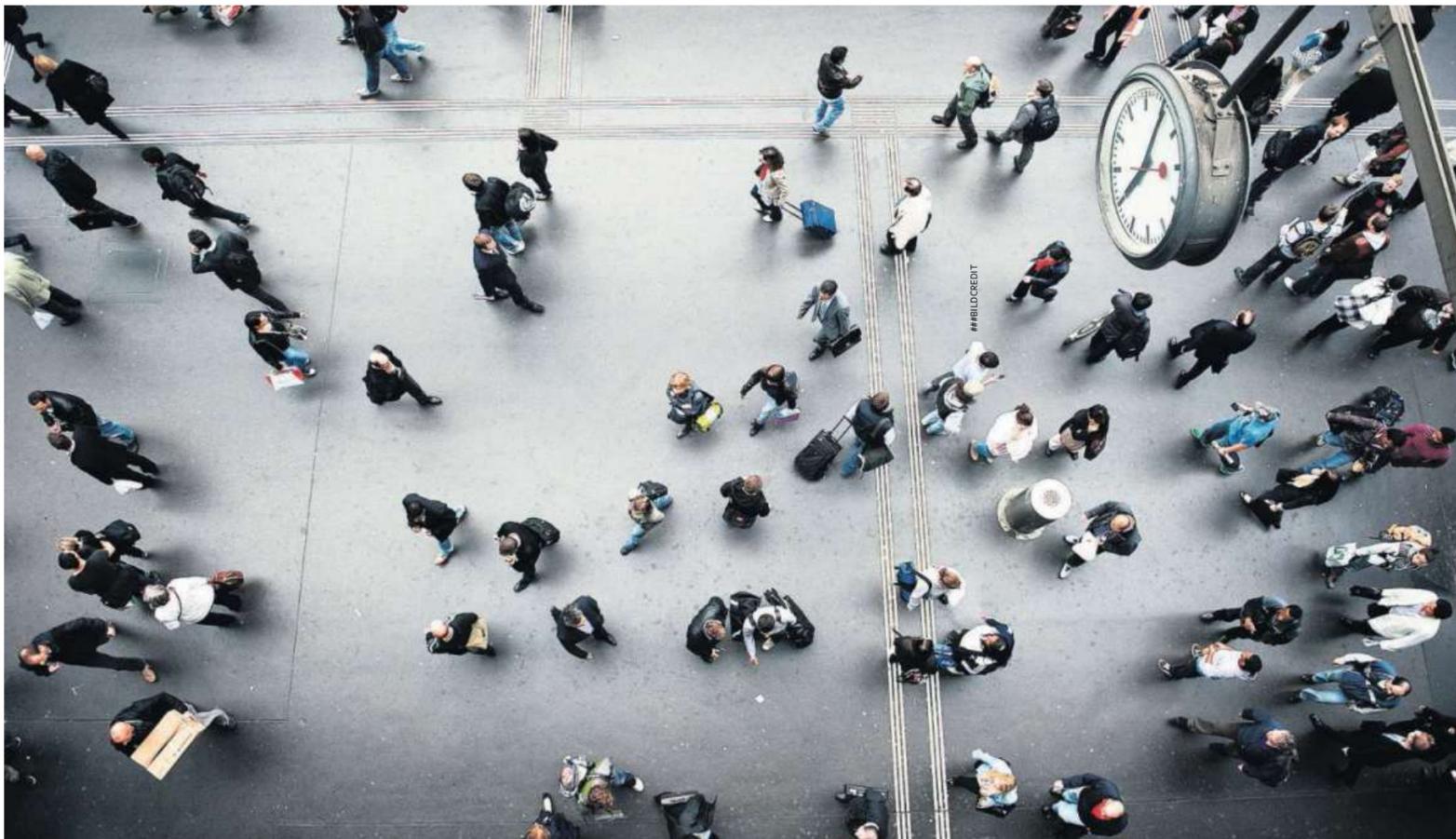
**LOMBARD ODIER**  
LOMBARD ODIER DARIER HENTSCH

www.lombardodier.com  
T 044 214 14 40  
zurich@lombardodier.com

25  
LOMBARD ODIER  
ZÜRICH

Beilage Bildung  
Der Sprachenstreit und seine Hintergründe

42  
9 771660 085003



Etwa sechs Prozent der Schweizer Erwerbstätigen erholen sich in der Freizeit nicht mehr von der Arbeit: Der Zürcher Hauptbahnhof nach Feierabend. (19. Oktober 2010)

## Über eine Million Arbeitnehmer erschöpft

Stress am Arbeitsplatz kostet Unternehmen laut Studie bis 6 Milliarden Franken

Laut Wissenschaftlern der Universität Bern fühlt sich ein Viertel aller Erwerbstätigen ziemlich oder stark erschöpft. Gegen 300 000 stehen gar kurz vor dem Burnout.

**Katharina Bracher**

Um die psychische Gesundheit der Schweizer Arbeitnehmer steht es nicht zum Besten. Diesen Schluss legt eine repräsentative Studie im Auftrag von Gesundheitsförderung Schweiz nahe. Danach sind über eine Million oder knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen «ziemlich oder stark» erschöpft. Etwa sechs Prozent oder 300 000 Arbeitnehmer seien so stark belastet, dass sie gemäss wissenschaftlicher Klassifikation am Rande einer Erschöpfungsdepression (Burnout) stehen. Diese Arbeitnehmer kämen auch in der Freizeit nicht zur Ruhe und könnten sich nicht mehr dauerhaft von der Arbeit erholen.

Dies folgert das Forscherteam um den Professor für Arbeits- und Organisationspsychologie Achim Elfering und den emeritierten Professor Norbert Semmer der Universität Bern nach der Analyse der Antworten von rund 3500

Befragten. «Die Erschöpfungsrates mit 24 Prozent hoch», sagt Elfering, «trotzdem befindet sich die Schweiz damit im europäischen Durchschnitt.» So habe kürzlich eine Studie mit den gleichen Messinstrumenten eine leicht höhere Erschöpfungsrates bei niederländischen Arbeitnehmern gemessen.

### «Präsentismus» ist teuer

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften hat anhand der Daten zusätzlich errechnet, wie hoch der finanzielle Schaden für die Schweizer Unternehmen ist, deren Arbeitnehmer aufgrund von Stress weniger produktiv sind oder am Arbeitsplatz fehlen. Die Wissenschaftler schätzen das ökonomische Potenzial auf 5,58 Milliarden Franken pro Jahr. «Interessant ist, dass nur etwa ein Viertel dieser Kosten verursacht wird durch Absenzen der Arbeitnehmer», sagt Elfering. Die restlichen drei Viertel seien dem «Präsentismus» der Arbeitnehmer geschuldet: «Diese Mitarbeiter sind zwar anwesend, aber aufgrund der Belastungssituation am Arbeitsplatz nicht voll produktiv», erklärt Elfering. Arbeitspsychologe Norbert Semmer sagt,

dass die Resultate ein Ausdruck der veränderten Anforderungen der Arbeitswelt seien. «Der Druck steigt, und die Pausen nehmen ab. Seit Jahren findet eine Verdichtung der Arbeit statt», sagt Semmer.

Die Forscher haben im Rahmen der Studie den Job-Stress-Index entwickelt. Dieser zeigt auf, wie hoch der Anteil der Gestressten im Arbeitsumfeld ist. «Die Arbeitgeber können das Instrument für Mitarbeiterbefragungen nutzen», sagt Semmer. Damit liesse sich einerseits feststellen, wie hoch der

### Ausgepumpt

#### Erschöpfungsrates bei Erwerbstätigen 2014



Quelle: Universität Bern

Stresspegel in der eigenen Organisation sei, und andererseits, in welchem Bereich Massnahmen angezeigt seien.

### Kritische Arbeitgeber

Finanziert wurde die Entwicklung des Job-Stress-Indexes von Gesundheitsförderung Schweiz. Die mit öffentlichen Geldern finanzierte Organisation ist per Gesetzesauftrag um das leibliche und psychische Wohl der Schweizer Bevölkerung besorgt. Im Rahmen dieses Auftrages wird der Job-Stress-Index ab jetzt jedes Jahr erhoben und veröffentlicht – ähnlich dem jährlich publizierten Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung. Zusätzlich stellt Gesundheitsförderung Schweiz das Befragungs-Tool unentgeltlich interessierten Arbeitgebern zur Verfügung, um den Stresspegel in der eigenen Unternehmung zu messen. «Der Index zeigt gut auf, was man jenseits von Früchtekorb und Wasserspender für das Wohlbefinden der Mitarbeiter tun kann», erklärt Thomas Mattig, Direktor von Gesundheitsförderung Schweiz.

Doch der Adressat des Job-Stress-Indexes ist alles andere als dankbar für das Engagement der

Gesundheitsförderung. «Ein jährlich publizierter Job-Stress-Index ist vielleicht öffentlichkeitswirksam, bringt den Unternehmen aber nichts», sagt Jürg Zellweger vom Arbeitgeberverband. Das Gegenteil sei der Fall: Man befördere damit eine «Wohlfühl-Hysterie» und könne bei Arbeitnehmern eine übertriebene Sensibilisierung auslösen. «Plötzlich fühlen sich alle gestresst», sagt Zellweger. Dabei sei schwer abgrenzbar, ob die Ursache für den Stress am Arbeitsplatz liege oder eher im Privatleben. «Hat der Mitarbeiter nicht viel geschlafen? Oder ist er stundenlang im Stau gestanden? Dann kann das möglicherweise auch die Situation am Arbeitsplatz stark beeinflussen», sagt Zellweger.

Doch private Effekte haben die Forscher berücksichtigt. Mit verschiedenen Fragestellungen haben sie erhoben, wie stark die Arbeitnehmer durch private Probleme auch am Arbeitsplatz belastet sind und wie sich dies auf die Produktivität auswirkte. «Wir konnten eine Reihe von privaten Einflussgrößen statistisch kontrollieren und werden das in kommenden Studien noch systematischer tun», sagt Elfering.

## Kritik an Juso aus eigenen Reihen

Mit einer Initiative will die Juso die Wirtschaft demokratisieren. Gewerkschaften hingegen können sich für die neue Idee kaum begeistern.

**Kathrin Alder**

Die Juso will mehr Demokratie in der Wirtschaft. An ihrer Delegiertenversammlung vom Samstag in Solothurn hat sie einen Vorschlag der Geschäftsleitung und der Juso Stadt Zürich mit 112 zu 61 Stimmen angenommen. Es handelt sich um die sogenannte Fifty-Fifty-Initiative, die nun weiter ausgearbeitet wird und voraussichtlich 2015 lanciert werden soll. Ziel ist es, dass Mitarbeiter von in der Schweiz ansässigen Grossunternehmen zur Hälfte am Gewinn beteiligt werden und dass sie gleichberechtigt mitbestimmen können. Ihre Stimme soll so viel zählen wie jene eines Aktionärs oder eines Besitzers. «In der Schweiz hört die Demokratie am Arbeitsplatz auf», be-

**Fabian Molina**



**Für den Juso-Präsidenten hört die Demokratie in der Schweiz am Arbeitsplatz auf. Eine neue Initiative soll das ändern.**

gründet Juso-Präsident Fabian Molina das Thema. «Die Verfügungsgewalt in der Wirtschaft liegt in den Händen weniger, das Kapital dominiert. Das wollen wir ändern». Dabei habe die Juso positive Signale aus der SP erhalten.

In Gewerkschaftskreisen hingegen stösst die Idee auf wenig Begeisterung. Öffentlich will sich zwar niemand äussern, doch wird überall ähnlich argumentiert. Die Initiative sei halb utopisch und zu weit von den realen Bedürfnissen und Problemen der Arbeitnehmerschaft entfernt. Vordringlich seien weder mehr Mitbestimmung noch die Beteiligung am Gewinn, sondern der gerechte Lohn oder die Angst um den Arbeitsplatz. Mitbestimmung werde heute über Gesamtarbeitsverträge geregelt. Ausserdem habe das Volk eine Initiative für mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den siebziger Jahren abgelehnt. Nicht gelten lassen will man den Vorwurf, die Gewerkschaften fürchteten um ihre Pfründe. In Deutschland z. B. seien die Gewerkschaften wichtige Player – trotz den Betriebsräten mit Einsitz im Verwaltungsrat.

## In der Romandie werden bald Ebola-Impfstoffe getestet

Die Bewilligung für die Ebola-Impfstoff-Tests soll bis Dienstag vorliegen. Bei der Ausfuhr des Impfstoffes aus Kanada musste der Schweizer Botschafter nachhelfen.

**Katharina Bracher**

Die klinischen Tests der beiden Ebola-Impfstoffe an den Universitätsspitalern Lausanne und Genf könnten schon in den nächsten Wochen beginnen. «Die Bewilligungen sollten alle am kommenden Dienstag bereit sein», sagt Marcel Tanner, Direktor des Schweizerischen Tropen- und Public Health Instituts in Basel. «Danach kann zügig begonnen werden.» Unter anderem würden dann mit einem Aufruf Testper-

sonen gesucht. «Freiwillige sind gesunde Erwachsene zwischen 18 und 65 Jahren», sagt Tanner. Da die Impfungen aus unschädlich gemachten Viren bestehen, die lediglich die genetischen Informationen des Ebola-Erregers enthalten, besteht keine Gefahr für Probanden, sich zu infizieren. Die Impfstoffe – so die Hoffnung – sollen im Körper die Produktion von Antikörpern gegen die Seuche auslösen.

Am Universitätsspital Lausanne (CHUV) und am Genfer Universitätsspital (HUG) soll nun je einer der beiden aussichtsreichsten Impfstoffe gegen Ebola erprobt werden. Im Falle des für das HUG bestimmten Impfstoffes war es in den letzten Wochen zu Problemen bei der Ausfuhr aus

dem Herkunftsland Kanada in die Schweiz gekommen. Der Impfstoff hätte längst in Genf eintreffen sollen. Grund für die Probleme waren dem Vernehmen nach bürokratische Hindernisse zwischen der Schweiz und Kanada. Wie die Schweizer Botschaft in Ottawa mitteilt, konnte sie diese Woche Kontakte zwischen den Behörden der beiden Länder vermitteln. «Wir wurden am Donnerstag von der kanadischen Heilmittelbehörde angegangen mit der Bitte um Vermittlung direkter Kontakte mit den zuständigen Schweizer Behörden», sagt Botschafter Beat Nobs.

Die Weltgesundheitsbehörde hatte vergangenen September beschlossen, die Erforschung von Wirkstoffen gegen Ebola, die sich



Das Genfer Universitätsspital testet einen der Ebola-Impfstoffe.

noch in der Entwicklungsphase befindet, massgebend zu beschleunigen.

In der Schweiz ist das Verfahren für die Bewilligung von Impfstoff-Tests an Menschen kompliziert – in diesem Fall sogar noch etwas komplizierter, weil es sich beim Impfstoff um genverändertes Material handelt. Mehrere Stellen beim Bund und den betroffenen Kantonen sind involviert: Erstens müssen die kantonalen Ethikkommissionen grünes Licht geben. Zweitens muss Swissmedic eine Bewilligung erteilen, wobei sich die Arzneimittelbehörde auf die Beurteilung der Bundesämter für Gesundheit und Umwelt sowie der Eidgenössischen Fachkommission für biologische Sicherheit stützt.